



Interviews

Datum: 06. September 2023

Tareq Alaows im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Tobias Armbrüster: Wer als Mann im wehrfähigen Alter in der Ukraine lebt, für den gibt es seit Beginn des Krieges, seit anderthalb Jahren keine Wahl. Männer aus dieser Personengruppe dürfen seit Beginn des Krieges das Land nicht verlassen. Sie werden gebraucht, vor allem als Soldaten in der Armee. Allerdings gibt es auch in der Ukraine viele Männer, die nicht Soldat werden wollen, und sie versuchen, mit allen Mitteln über die Grenze ins Ausland zu kommen. Vielen gelingt das auch und viele haben dabei auch Deutschland als Ziel. Die ukrainische Regierung will nun erreichen, dass Länder so wie Deutschland, aber auch andere europäische Staaten diese Männer wieder zurückschicken, ausliefern. Das fordert zumindest der Fraktionschef von Wolodymyr Selenskyjs Regierungspartei Diener des Volkes.

Kriegsdienstverweigerer, Deserteure ausliefern an ihr Heimatland, das ist eine Forderung, die es in sich hat. Wir können das genauer besprechen mit einem, der sich mit solchen Fällen auskennt. Tareq Alaows ist der flüchtlingspolitische Sprecher der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl bei uns in Deutschland. Schönen guten Morgen, Herr Alaows.

Tareq Alaows: Guten Morgen.

Armbrüster: Herr Alaows, kann man das sagen, über wie viele Männer in Deutschland wir da sprechen?

Alaows: Leider gibt es keine genauen Statistiken oder Anzahl. Nicht alle Männer, die aus der Ukraine in Deutschland ankommen, sind Kriegsdienstverweigerer oder Kriegsdienstentzieher. Es ist sehr schwer, darüber zu sprechen. Ich kann nur sagen, es handelt sich um eine sehr kleine Gruppe von Menschen dabei.

Armbrüster: Kann man das sagen, aus welchem Grund genau diese Männer nicht in die Armee wollen?

Alaows: Es gibt ein Recht für Menschen, dass sie Kriegsdienst verweigern oder entziehen. Das gilt für russische Kriegsdienstverweigerer, die in Deutschland Schutz bekommen. Da gibt es Menschen aus Russland, die nicht in den Krieg wollen und nach Deutschland kommen und Asyl beantragen. Das gilt auch für belarussische Menschen und auch für Menschen aus der Ukraine.

Auf der anderen Seite: Personen aus der Ukraine, wenn sie hier ankommen, dann ist die europäische Richtlinie für den vorübergehenden Schutz ganz klar. Es handelt sich um Menschen aus der Ukraine, die in Deutschland Schutz bekommen. Da wurde nicht gesagt Frauen, da wurde nicht gesagt Kinder; es wurde in dieser Richtlinie der Begriff Menschen benutzt. Das heißt, jede Person aus der Ukraine, egal aus welchen Gründen sie hier in Deutschland ankommt, kriegt einen vorübergehenden Schutz.

Armbrüster: Wenn jetzt aus der Ukraine diese Forderung kommt, diese Männer, Kriegsdienstverweigerer auszuliefern, gibt es dafür irgendeine juristische Grundlage, oder könnte das tatsächlich passieren?

Alaows: Das könnte leider nicht umgesetzt werden und das ist gut so, weil Kriegsdienst zu entziehen oder zu verweigern ist eines der Rechte, die Menschen haben. Menschen dürfen nicht gezwungen werden, an Kriegen sich zu beteiligen, egal auf welcher Seite des Krieges, und von daher haben sie dieses Recht. Ich muss aber auch dazu sagen: Die Beweislage dafür ist sehr hoch in Deutschland und insgesamt in der europäischen Union. Für ukrainische Menschen ist es einfacher, weil sie, nur weil sie aus der Ukraine kommen, direkt Schutz bekommen, aber die Beweislage für Menschen aus Russland und aus Belarus, wenn sie sich an diesem Krieg nicht beteiligen wollen, ist sehr hoch. Da fordert Pro Asyl, diese Beweislage zu ändern. Kriegsdienst zu entziehen ist ein Menschenrecht und die Menschen, die sich an Kriegen nicht beteiligen wollen, dürfen nicht zurückgeschickt werden in Kriegsgebiete.

Armbrüster: Können Sie uns denn sagen, wie das in der Ukraine selbst aussieht? Kann man dort den Dienst an der Waffe verweigern? Ist das möglich?

Alaows: Ich kann zu der Situation in der Ukraine leider nicht viel sagen. Ich kann nur sagen: Wir sprechen hier über eine sehr kleine Gruppe von Menschen, die nach Deutschland kommt und sich dem Kriegsdienst aus der Ukraine entzieht. Sie haben dieses Recht und ich halte die Forderung nicht für eine richtige Forderung. Wir können nicht fordern, dass Menschen in Russland sich an dem Krieg nicht beteiligen, aber in der Ukraine doch an die Waffe gehen und sich an Kriegen beteiligen.

Armbrüster: Wie ist diese Forderung aus Kiew politisch Ihrer Meinung nach einzuschätzen?

Alaows: Als Menschenrechtsorganisation kann ich sagen, diese Forderung widerspricht einem der Grundrechte, die Menschen haben. Von daher unterstützt Pro Asyl diese Forderung nicht. Die gesetzliche Lage ist ganz klar. Wenn wir über das Recht auf Asyl sprechen, sprechen wir nicht von Männern und Frauen; wir sprechen von Menschen. Das ist eines der Grundrechte. Man kann die Menschenrechte nicht nach Geschlechtern verteilen.

Armbrüster: Herr Alaows, jetzt haben wir viel gesprochen über die ukrainischen Kriegsdienstverweigerer. Wie ist das mit russischen Kriegsdienstverweigerern? Sie haben schon über die Beweislage gesprochen. Wie einfach ist das denn für einen russischen Mann im wehrfähigen Alter, in Deutschland anzukommen und hier darauf zu pochen, ich bin Kriegsdienstverweigerer, schickt mich nicht zurück nach Russland?

Alaows: Leider ist es noch viel schwerer als für Menschen aus der Ukraine. Zwar hat die Bundesregierung sich dazu bekannt, dass Kriegsdienstverweigerer aus Russland hier Schutz bekommen. Wenn ich aber die Zahlen sehe, die Schutzquote in diesem Fall, handelt es sich um 39 Prozent aller Antragsteller. Auf der anderen Seite: Die Menschen kämpfen vor Ort nicht. Das heißt, wir haben nur eine sehr kleine Gruppe an Menschen aus Russland, die hier angekommen ist, obwohl es viele gibt, die diesen Kriegsdienstverweigern wollen. Sie haben aber keine Möglichkeit, außer Landes zu kommen, und da fordern wir von Pro Asyl die Bundesregierung auf, humanitäre Visaprogramme für diese Menschen sowohl in den Konsulaten in Russland, aber auch in den Nachbarländern zu ermöglichen, damit diese Menschen überhaupt hier ankommen und diesen Anspruch an Schutz hier erhalten können.

Armbrüster: Noch einmal zu sprechen über die Männer, die aus der Ukraine herkommen. Wie einfach ist es denn für die, aus der Ukraine herauszukommen

und über die Grenze zu kommen, wenn es sich um Männer im wehrfähigen Alter handelt?

Alaows: Ich kann über den Fluchtweg nicht groß sprechen. Die Ukraine liegt geographisch direkt neben der Europäischen Union und Menschen aus der Ukraine werden an der Grenze nicht festgehalten, weil normalerweise haben sie ein Visum. Da wird nicht gefragt, ob die Person den Kriegsdienst verweigert hat oder sie aus der Ukraine gekommen ist, um vor dem Krieg zu fliehen. Von daher ist es viel einfacher für Menschen aus der Ukraine als für Menschen aus Russland. Aber natürlich gibt es Schwierigkeiten, weil auf der ukrainischen Seite wird es diesen Menschen nicht ermöglicht, dass sie ihr Recht auf Kriegsdienstverweigerung wahrnehmen können. Da habe ich tatsächlich auch keine genauen Informationen, ob es in der Ukraine Festnahmen in diesen Fällen gibt, aber das wird auf jeden Fall befürchtet.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.